Das Jüdische Echo

Bayerische Blätter für die jüdischen Angelegenheiten

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. Bezug: Durch die Postanstalten oder den Verlag — Bezugspreis: Viertelj. M. 1.—, Halbj. M. 2.—, Ganzj. M. 4.—, Einzelnummer 10 Pf. — Verlag des „Jüdischen Echo“: München, Herzog Maxstr 4 — Redaktion: Helene Hanna Cohn, München,



Nummer 2 | **München / 4. Jahrgang** | **12. Januar 1917**

Gustav Schmollers „Neuorientierung“.

Geheimrat v. Schmoller hat im 4. Heft seines Jahrbuches einen Aufsatz „Obrigkeitsstaat und Volksstaat“ veröffentlicht, der in weiten, nicht zum mindesten in antisemitischen Kreisen bedeutendes Aufsehen gemacht hat. Der Aufsatz befaßt sich mit dem Inhalt zweier Bücher, deren eines von Hans Delbrück geschrieben und in seinen Grundgedanken aristokratisch-konservativ ist, während das andere von Professor Hugo Preuß im demokratischen Sinne verfaßt ist. Der wesentliche Kern der Schmollerschen Ausführungen, auf den hier nicht im einzelnen eingegangen werden kann, ist eine Verteidigung des preußischen Staates gegen den Vorwurf eines zu strengen Klassengeistes und eine Ablehnung der Volksmajorität. „Unsere Offiziers- und Beamtenschaft“, sagt Schmoller, „kann nach unten sich noch etwas freier öffnen; aber ihre aristokratische Stellung wird bleiben, wie die aristokratische Stellung der Führer in der Sozialdemokratie sich noch mehr befestigen wird.“

Für uns wesentlich sind diejenigen Teile des Schmollerschen Aufsatzes, in denen er sich gegen die Anschauungen des Professors Hugo Preuß wendet. Schmoller wehrt sich dagegen, daß Preuß — den Schmoller als einen der begabtesten neueren Staatsrechtslehrer anerkennt — die Entwicklung der demokratischen Staaten Westeuropas Deutschland zum Muster hinstellt, und dabei behauptet, das Deutsche Reich, besonders Preußen sei im Zustande des Obrigkeitsstaates stecken geblieben, statt sich zum Volksstaat zu entwickeln. Hierbei gestattet sich Schmoller folgende Sätze:

„Er (Preuß) ist einer der Häuptlinge des Berliner kommunalen Freisinns geworden, der, sozial auf semitischer Millionärbasis beruhend, unsere Hauptstadt mehr oder weniger beherrscht, und es will mir immer vorkommen, daß in diesen Kreisen, so tüchtig und ehrbar sie sind, der politische Horizont und das politische Urteil doch zu sehr von dem einen Gedanken erfüllt ist: in ihren Kreisen sei eine solche Überlegenheit von Intelligenz, Charakter und Talent, daß es ungerecht und schädlich für Staat und Gesellschaft sei, daß ihr eng zusammenhaltender Kreis die Universitäten, das Heer, das hohe Beamtentum noch nicht so unbedingt beherrsche, wie das bezüglich der Stadt Berlin und ihrer Verwaltung der Fall sei. Bei den meisten, auch wohl bei Preuß unbewußt wirken derartige Stimmen beeinflussend auf ihr politisches Denken.“

In einem verschließt sich Schmoller den Ausführungen von Preuß nicht, der eine Unwahrhaftigkeit des Systems darin sieht, daß man zwar die Religion als Ausschließungsgrund benutzt, das aber öffentlich bestreitet und gerade die nach ihrem Charakter Ungeeignetsten befördert. Wörtlich sagt Schmoller:

„Ich verkenne nicht, daß in diesen Vorwürfen ein Keim von Wahrheit liegt: Der jüdische Assessor, der sich taufen läßt, um gewisse Ämter zu erreichen, der jüdische Gutsbesitzer, der das gleiche tut, um in der Selbstverwaltung emporzukommen, ist sicher nicht der beste seines Glaubens und seiner Rasse. Aber deshalb ist es doch entfernt nicht allgemein richtig, daß wir die Rechtsgleichheit unserer Verfassung gröblich verletzen, weil einzelne Ämter noch nicht jedem jüdischen ungetauften Bewerber erreichbar sind, weil einzelne Regimenter das ihnen zustehende freie Wahlrecht des Offizierkorps noch zum Judenausschluß benutzen, weil an den Universitäten noch nicht alle zahlreichen jüdischen Privatdozenten so rasch Professoren werden, wie sie persönlich glauben, es nach ihrem Talent zu verdienen. Das große Ideal der politischen und rechtlichen Gleichberechtigung läßt sich nur in dem Tempo durchsetzen, als das Volksbewußtsein sich dem Standpunkt des Gesetzes angepaßt hat. Seine Durchführung findet da zeitweise natürliche Hemmungen, weil eine Minorität der Rasse, des Glaubens und so weiter sich bei freier Zulassung rasch zur intoleranten Herrscherin des Staates bezw. der betreffenden Verwaltung, der einschlägigen Organe zu machen weiß. Wie rasch haben die jüdischen Privatdozenten und Professoren zugenommen! Wie rasch haben die Juden es erreicht, daß an einzelnen Kliniken jahrelang nur jüdische Assistenten angestellt wurden, wie bewahrheitete sich in manchen Fakultäten die Prophezeiung, daß der erste jüdische Ordinarius in zehn Jahren fünf und mehr andere Juden nach sich ziehe. Die Beteiligung der Juden im preußischen Staatsleben ist heute fast schon dem Verschwinden nahe und macht bereits dem Gegenteil da und dort Platz.“

Dies stellt ein Mann von dem großen Einfluß Gustav Schmollers fest — und natürlich triumphiert die gesamte antisemitische Presse. Zu einer Zeit, da weite Kreise bemüht sind, alles was faul im Staate ist, auf das Schuldkonto der Juden zu setzen, ist den Judenfeinden natürlich ein Bundesgenosse von so eminenter Bedeutung willkommen.

Wir aber müssen Herrn Geheimrapt Schmoller um die Beweise seiner Behauptungen bitten:

Er sagt, einzelne Regimenter hätten keine Juden als Offiziere zugelassen. Welches war das Regiment in Preußen — und wäre es nur ein einziges gewesen — in dem es vor dem Kriege auch nur einen jüdischen Offizier, ja auch nur einen aktiven jüdischen Unteroffizier gab? Und dabei spricht Schmoller von einer Beherrschung des Heeres durch die Juden!

Wo sind die Anzeichen dafür, daß das preußische subalterne oder hohe Beamtentum sich auch nur einer Mindestzahl von Juden erschlossen hätte, nachdem es weder im höheren Richterberuf noch in der Staatsanwaltschaft noch in irgendeiner Regierungsbehörde jüdische Beamte gibt? Und dabei spricht Schmoller von einer Beherrschung der Beamtenschaft durch die Juden!

An wieviel preußischen Universitäten ist mehr als ein einziger jüdischer ordentlicher Professor vorhanden? wieviel preußische Universitäten gibt es, die auch nur diesen einzigen aufzuweisen haben? Und dabei spricht Schmoller von einer Beherrschung der Universitäten durch die Juden!

Was nun die allerhöchsten Posten im Staate betrifft, die Schmoller auch schon den Juden zur Beute fallen sieht, so möchten wir in diesem Punkte keinen geringeren zitieren als — Herrn Geheimrat Schmoller selbst. Er sagt nämlich:

„Wir sind für Rechtsgläubigkeit wie Preuß, aber wir verzweifeln nicht, wenn irgend ein großes politisches Talent jüdischer Rasse heute noch nicht so rasch den für ihn passenden Ministersessel findet.“ Er spricht ausdrücklich dabei von Rathenau, der ähnliche Ansichten wie Preuß vertrete und bemerkt dazu: „Ich hätte gar nichts dagegen, wenn Rathenau dieses Ziel selbst erreichte. Ich glaube aber, er hat jetzt dem Staat durch seine Tätigkeit ebenso viel genützt, als wenn er auf einem Ministerstuhle säße.“

In diesen Worten liegt ein offenes Eingeständnis, daß ein Mann wie Rathenau sicherlich ebensoviel Anspruch auf einen Ministersessel hätte wie mancher andere aber — nun nicht einmal er hat ihn bisher erhalten. Aber noch etwas anderes liegt in dem Satze Schmollers: die Ansicht nämlich, daß man dem Juden Rathenau ebenso wie den Tausenden jüdischer Soldaten, die heute im deutschen Heere dienen, unbedenklich das Recht einräumen darf, alle ihre Kraft und Intelligenz, ihr Gut und Blut dem Staate zur Verfügung zu stellen. Nur (selbst wenn man wirklich einmal bei einem Manne wie Rathenau eine Ausnahme machen sollte) von den Ämtern und Ehrenposten, mit denen der Staat die Aufopferung des einzelnen bezahlt, soll man sie möglichst fernhalten, denn ein jüdischer Ordinarius oder Staatsanwalt oder Offizier könnte allzu leicht „fünf und mehr andere Juden nach sich ziehen“. Das aber wäre sicherlich ein Unglück für den preußischen Staat (wieso, Herr Geheimrat Schmoller, wieso?), und darum müssen sich die Juden weiter damit begnügen, „dem Staate durch ihre Tätigkeit ebensoviel zu nützen als wenn . . . . .“

Sollte Geheimrat Schmoller gemeint haben, daß der Staat den Juden ja genügend Entgegenkommen dadurch beweist, daß er ihnen gestattet, für ihn zu bluten ,zu sterben und ihre Kraft zu opfern, als er den Satz schrieb: „Die Benachteiligung der Juden im preußischen Staatsleben ist heute fast schon dem Verschwinden nahe und macht bereits dem Gegenteil da und dort Platz?“

Zur Lage in Palästina.

Die Nachrichten, die aus Palästina kommen, sind spärlich und verschweigen aus naheliegenden Gründen vieles Wesentliche. Dennoch ist es möglich, sich aus den Mitteilungen, die auf eine oder die andere Weise herübergelangen, ein ziemlich deutliches Bild von den zur Zeit herrschenden Verhältnissen zu machen. Dieses Bild ist allerdings nicht sehr erfreulich. Noch wird in den Obstplantagen, auf den Feldern, in Schulen und sozialen Instituten weitergearbeitet, aber da nun seit Kriegsausbruch bereits die dritte Orangen- und Weinernte eingebracht worden ist, ohne daß man eine Möglichkeit gehabt hätte, sie ins Ausland zu exportieren, ist natürlich die finanzielle Lage der Plantagenbesitzer höchst bedenklich geworden. In Amerika wird gegenwärtig erwogen, ob man sich nicht die Erlaubnis der amerikanischen und türkischen wie der englischen und französischen Regierungen dazu verschaffen könne, auf einem amerikanischen Schiff, das demnächst Medikamente und Verbandstoffe nach Palästina bringen soll, eine Ladung Orangen von dort zu exportieren.

Eine Zeitlang erschien der Fortbestand der Pflanzungen im höchsten Maße gefährdet: Auf weiten Gebieten Palästinas wird bekanntlich der Pflanzungsboden künstlich bewässert, und zwar wurden seit langer Zeit die Bewässerungsanlagen durch Petroleummotoren in Betrieb gesetzt. Der im Lande vorhandene Petroleumvorrat, der vor dem Kriege aus Amerika, Rußland und Rumänien bezogen ward, war natürlich nach einiger Zeit sehr knapp, und frisches Petroleum gelangte nicht ins Land. Zum Glück ist es möglich geworden, die Bewässerungsanlagen dadurch zu erhalten, daß man die Petroleummotoren — freilich unter erheblichen Kosten (ungefähr je 1000 Francs) — in Sauggasmotoren umgebaut hat, die mit Holzkohle gespeist werden. Allerdings beginnen nun auch die Vorräte an Holzkohle stellenweise zu versiegen.

Der Mangel an einer Reihe unentbehrlicher Nahrungsmittel dauert fort. Am bedenklichsten ist natürlich die herrschende Brotknappheit. Vor wenigen Wochen hat man sich in Jerusalem dazu entschließen müssen, die Brotmenge pro Kopf der Bevölkerung auf ¼ kg herabzusetzen. Nach europäischem Vorbilde gibt die jüdische Lebensmittelkommission in Jerusalem jetzt Brotmarken aus.

Ferner hat vor einiger Zeit die Jerusalemer Stadtverwaltung die noch vorhandenen Bestände an Bohnen, Linsen, Graupen, Sesam und Zucker aufgekauft, um die Abgabe an die Bevölkerung zu regeln. Der Bestand an Zucker ist allerdings im ganzen Lande gering. Die Hausfrauen suchen durch Beigabe von eingekochtem Trauben- und Aprikosensaft sowie durch Honig zu den Speisen den Mangel an Zucker zu ersetzen.

zen. Soweit dies die örtlichen Verhältnisse und der Vorrat an Sämereien gestattet, betreibt man in den Kolonien die Gemüsezucht.

Von den obwaltenden Verhältnissen ist natürlich der Gesundheitszustand der Bevölkerung stark beeinträchtigt worden. Die Choleraepidemie dürfte allerdings in Jerusalem als erloschen anzusehen sein; dagegen herrscht noch immer in den Städten der Flecktyphus und fordert manches Opfer. Sehr empfindlich macht sich der Mangel an Ärzten bemerkbar. Die im Lande ansässig gewesenen Ärzte sind zum großen Teile zum türkischen Heere einberufen worden, und von den verbliebenen sind mehrere gestorben. Zionistische Kreise in Amerika haben deshalb von der amerikanischen Staatenregierung für eine amerikanische Ärzteexpedition die Erlaubnis zur Durchfahrt durch die ägyptischen Häfen und zur Landung in Jaffa erwirkt. Gleichzeitig mit den Ärzten sollen Verbandstoffe und Medikamente, besonders Chinin ins Land gebracht werden. Die hygienischen Institute Palästinas haben überreichliche Arbeit, und eine Reihe junger Palästinenserinnen ist als Krankenschwestern tätig. In Elberfeld ist kürzlich eine Samlung von 2125 Mark für das Hygienische Institut vorgenommen worden, und dem Pasteurinstitut, das auch im vergangenen Jahre durch seine Behandlung von Tollwutverdächtigen und -kranken, von Darmtyphus, Syphilis und durch Pockenimpfungen großen Nutzen gebracht hat, dürften demnächst einige neue Mittel zugeführt werden.

Die erfreulichste Tatsache gegenüber dieser kritischen Lage der Dinge ist, daß trotz aller Schwierigkeiten in Stadt und Land unermüdlich weitergearbeitet wird. Die Reihen der Arbeiter haben sich zwar seit Kriegsausbruch erheblich gelichtet: ein Teil von ihnen hat das Land verlassen, ein weiterer Teil wurde zum türkischen Heere oder für Wegebauten und Pionierarbeiten eingezogen. Die Gebliebenen bemühten sich nach Kräften, die Pflanzungen zu erhalten. Auch der Unterricht in den Schulen nimmt seinen Fortgang; seit Anfang Cheschwan sind alle hebräischen Schulen wiedereröffnet. In der Kunstschule Bezalel sind im Kriege — dank dem Geschick des künstlerischen Leiters Herrn Strich — schönere Entwürfe ausgeführt worden wie je zuvor. Da natürlich seit Kriegsausbruch nur wenig Literatur aus dem Ausland nach Palästina gelangt ist, hat die literarische Produktion im Lande selbst zugenommen. Als wichtigste literarische Erzeugnisse sei neben einer Reihe von Jugendschriften und Schulbüchern das kürzlich erschienene Arbeiterbuch Ben Hasmanim genannt. In Jaffa wird ein Zyklus hebräischer Vorträge veranstaltet und auch die dortige Musikschule setzt ihre Tätigkeit unverändert fort.



Ein palästinensischer Brunnen

Trotzdem ist selbstverständlich die allgemeine Stimmung gedrückt, und voll banger Sorge fragt man sich, was bei einer noch langen Dauer des Krieges aus den schwer betroffenen Kolonien werden soll. Noch immer machen sich die furchtbaren Folgen der Heuschreckenplage, die im Frühling 1915 das Land heimsuchte, bemerkbar. Die Schwierigkeit des Geldverkehrs mit dem feindlichen Auslande wird gleichfalls mit der längeren Dauer des Krieges immer drückender. Leben doch zahlreiche Familien in Palästina, die bis zum Kriegsausbruch den größten Teil ihrer Einkünfte aus dem Boden- oder Effektenbesitz bezogen, den sie in Rußland hatten. Und eine große Zahl von Schülern der jüdischen Lehranstalten, die früher von ihren in Rußland lebenden Eltern erhalten wurde, muß jetzt auf Gemeinschaftskosten erhalten werden. Die Tatsache, daß durch strenge Zensurbestimmungen der Verkehr mit der Außenwelt fast völlig unterbrochen ist, wirkt gleichfalls deprimierend auf die Bevölkerung. Einige wenige, schon früher in Palästina ansässige Personen, die aus bestimmten Gründen das Land verlassen hatten, haben die Erlaubnis erhalten, dorthin zurückzukehren; anderen, die an ihre zeitweise verlassenen Posten zurückzukehren sich sehnen, wurde jedoch die Erlaubnis verweigert.

Trotz aller Schwierigkeiten dürfte es, bei einer nicht allzu langen Dauer des Krieges — dank dem heldenhaften Verhalten der Kolonisten, Arbeiter, Institutsleiter und anderer Teile der Bewohnerschaft — möglich sein, die bestehenden jüdischen Positionen in Palästina zu halten. Vorausgesetzt, daß alle, die den ungeheuren moralischen und sonstigen Wert der jüdischen Ansiedlung in Palästina erkannt haben, das ihrige tun, um dem schwer leidenden Lande Geldmittel zuzuführen.

(Die Redaktion d. Bl. übernimmt es gern, Geldspenden an die Notstandsaktion für Palästina, Berlin W., Sächsische Straße 8, abzuliefern.)

Die jüdische Schule in Polen.*)

Die jüdisch-nationalen Ratsmänner im Warschauer Stadtrat haben vor drei Monaten eine Interpellation überreicht, in der eine jüdische Schule mit Jidisch als Unterrichtssprache gefordert wurde, die an den jüdischen Sabbathen und Feiertagen geschlossen bleiben soll. Eine jüdische Schulsektion sollte, so wurde gefordert, den Lehrplan festlegen und die Gelder, die der Magistrat für jüdische Schulzwecke zur Verfügung zu stellen hat, verwalten. Nachdem diese Interpellation drei Monate lang unbeantwortet geblieben war, fand endlich eine Debatte darüber am 14. Dezember statt. Eine besondere Kommission hatte sich inzwischen gebildet, die den Antrag abzulehnen beschlossen hatte. Als ihr Redner trat der Abgeordnete Pawlowitsch auf, der die Ablehnung durch die Bestimmungen eines Gesetzes vom Jahre 1862 begründete, in dem es u. a. heißt: „Nachdem die Juden die Wohltat des allgemeinen Rechtes im Lande genießen, haben sie die Pflicht, in ihrem Privatleben die Benützung einer eigenen Sprache aufzugeben." Ferner führte er aus, die Juden würden in Polen nur als religiöse, nicht aber als Sprachgruppe betrachtet. Für die jüdischen Schulen sei daher der allgemeine Beschluß über die Unterrichtssprache des Landes bindend. Zum Schluß empfahl er, entsprechend den Bestimmungen des Gesetzes von 1862, über den Antrag der jüdisch-nationalen Ratsmänner zur Tagesordnung überzugehen.

Die Fortsetzung der Debatte wurde auf die nächste Woche vertagt. In der Sitzung vom 21. Dezember führte der jüdische Ratsmann Prilutzki folgendes aus:

„Die Kommission des Stadtrates hat sich nicht einmal die Mühe genommen, die Bedeutung der Interpellation der jüdischen Volksgruppe für das ganze jüdische Volk zu erfassen, das meistens in den Städten konzentriert ist, wo es einen großen Prozentsatz der Bevölkerung ausmacht. Sie hat es nicht versucht, die Angelegenheit nach den elementarsten demokratischen Grundsätzen zu fassen, nach dem jetzt überall anerkannten Recht der nationalen Minderheiten. In einem so ernsten und kritischen Moment, da das jüdische Volk mit Recht einer Regelung seiner nationalen Frage — gleich allen Nationalitätsfragen Europas — entgegensieht, in diesem großen historischen Moment gestattet sich die erste soziale Institution des Landes, eine solche wichtige Angelegenheit, wie die Schulfrage bei den Juden, mit ganz unhaltbarem juristischen Auslegungen abzufertigen.

Redner kritisierte dann ausführlich die juristischen Einwendungen der Kommission, wies auf die Verordnungen des Zaren Alexander II, hin, in denen die Juden offiziell als eine Gruppe mit besonderer Sprache anerkannt wurden, die das Recht auf Einrichtung eigener Schulen besitzen, dann auf die Verordnungen Hindenburgs, wonach die Unterrichtssprache in den Volksschulen die Muttersprache der Kinder sein soll.

Das ist eigentlich die elementarste Forderung der Pädagogik, aber der pädagogische Standpunkt ist nicht der einzige und auch nicht der wichtigste für unsere Forderung. Wir fordern eine Volksschule, weil wir ein besonderes Volk sind. Wir führen ein eigenartiges Leben mit ureigenen Sitten und eigener Kultur, das gibt uns das Recht, Bürgschaften zu fordern für unsere national-kulturelle Entwicklung.

Die Volksschule bildet die Grundlage und zugleich die notwendige Bedingung dieser Entwicklung. Wir brauchen eine Schule mit nationaler Unterrichtssprache, geleitet im jüdisch-nationalen Geiste und selbstredend auch durch die jüdische Gesellschaft. Wir benötigen eine Schule, die die Fortsetzung der Kinderstube bildet und Lehrer, die mit den Kindern in der Sprache ihrer Eltern und Geschwister sprechen.

Kurzum, wir wollen eine Schule, die die Kinder den Eltern nicht entfremdet, die religiösen Eltern wollen überdies noch, daß ihre Kinder im jüdisch-religiösen Geiste erzogen werden sollen."

Redner schlug vor, beim Magistrat einen besondern jüdischen Schulrat zu bilden, der aus 4 national-jüdischen Ratsmännern, 4 national-jüdischen Bürgern und einem Magistratsvorstand bestehen soll. Dieser jüdische Schulrat soll auch rein innere pädagogische Angelegenheiten, wie z. B. das Verhältnis der jüdischen und der hebräischen Sprache in der Schule regeln, wobei er besonders darauf hinweist, daß die jüdische Sprache in der letzten Zeit von vielen namhaften Gelehrten und Sprachforschern als ein selbständige Sprache anerkannt wurde. Er schloß mit der Zuversicht, daß der Stadtrat und der Magistrat, dem berechtigten Wunsche der Mehrheit des jüdischen Volkes entsprechend, eine gehörige Anzahl jüdischer Schulen mit jüdischer Unterrichtssprache, geleitet durch die jüdischen Ratsmänner auf städtische Kosten genehmigen werde.

*) Vgl. den Aufsatz in Nr. 43 d. Bl. „Brief aus Warschau. Die Schulfrage".

Die englische Presse zur russischen Judenfrage.

In früheren Zeiten geschah es manchmal, daß man in der englischen Presse ein kräftig Wörtlein gegen die Unterdrückung der Juden in Rußland fand. Seitdem aber die Ententeländer einander zu „verstehen" trachten, scheint es, daß nicht England seinen Einfluß gebraucht, um die unerhörte Behandlung der Juden in Rußland zu verhindern, sondern im Gegenteil diese zu rechtfertigen und damit den Antisemitismus des englischen Publikums zu schüren. Das „Israelitische Wochenblatt für die Schweiz" bringt einen Aufsatz aus der „Morning Post" mit der Überschrift „Das privilegierte Volk", dem wir folgende Stellen entnehmen:

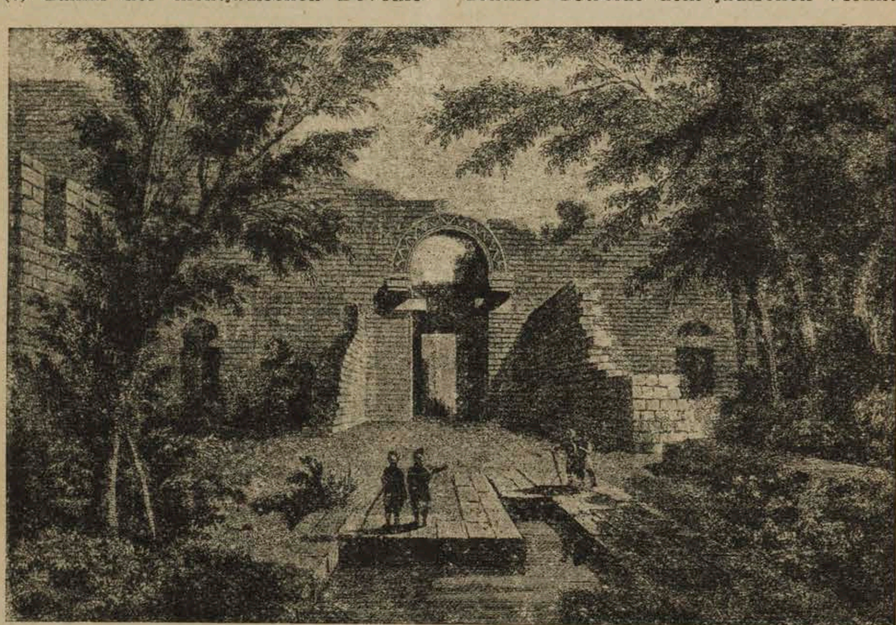
„Kaum jemand außerhalb Rußlands weiß, daß die russischen Juden, welche sechs Millionen zählen, die für ein Volk wichtigsten Privilegien genießen (!) zumal der nichtjüdischen Bevölkerung des Ansiedlungsrayons diese Privilegien nicht zustehen. (sic.) Unter diesen Privilegien seien folgende genannt: Das Recht der Selbstbesteuerung (korobotschnyi, swetschvnoj sbor); das Recht, ausschließlich jüdische Schulen auszuhalten (Cheder, Jeschiboth), wo die Kinder anderer Nationalitäten nicht zugelassen werden; ferner das Recht der Selbstverwaltung in inneren Gemeindeangelegenheit (Kahal) und — was noch merkwürdiger erscheint — das Recht der eigenen Gerichtsbarkeit (Bet-din) und das freie Versammlungsrecht in den Synagogen.

Ungeheuere politische Privilegien genießen somit die russischen Juden unter religiösem Vorwande, und diese werden von der russischen Regierung heilig geschützt, wodurch die Regierung dem Judentum eine kolossale Macht verleiht.

Das Überhandnehmen der Juden in den russischen Finanzkreisen, im Handel, in der russischen Presse und im Theater überrascht alle Ausländer, welche Rußland besuchen. Alle diese Ausländer erkennen ohne Ausnahme, daß die russische Regierung sehr schwach ankämpft gegen die jüdische „Vergewaltigung", was aus der traditionellen Furcht derselben, dem religiösen Leben der Juden irgendwie nahezutreten, herrührt.

Infolgedessen genießen die Juden in Rußland politische Rechte, welche den eingeborenen Russen, unter denen sie leben, versagt sind.

Freilich sieht sich nun die russische Regierung genötigt, dem wachsenden Antisemitismus Rechnung zu tragen. Sie versucht die Bevölkerung Polens und Litauens vor dem schweren ökonomischen Drucke der jüdischen Kahale zu schützen, indem die Regierung denjenigen Juden, welche nicht persönlich Landwirtschaft betreiben, verbietet, auf dem Lande zu wohnen. Diese Maßnahme schützt jedoch den Bauer wenig vor der Ausbeutung durch den jüdischen Wucherer, und in der Tat entgeht in der ganzen westlichen Hälfte des europäischen Rußlands kein einziger Meterzentner Getreide dem jüdischen Vermittler.



Ruinen in Palästina

Die Juden haben Besitz ergriffen von 95 Prozent des russischen Handels und der Industrie in den 18 reichsten Gouvernements, welche die Ausdehnung Frankreichs und Deutschlands zusammengenommen übertreffen. Überall, wo Juden den Wunsch äußern, persönlich Landwirtschaft zu betreiben, werden dieselben von der Regierung in vollem Maße und bedingungslos unterstützt. Aber die Regierung sah sich genötigt, den Juden den Ankauf und die Pacht von Land und Wäldern zu Spekulationszwecken zu verbieten. Die Erfahrung bewies, daß die verhängnisvolle Entwaldung der enormen Waldflächen Polens und des Westgebietes der Tätigkeit der jüdischen Spekulanten zu verdanken ist.

Es braucht kaum gesagt zu werden, daß Äußerungen von Personen, welche mit der jüdischen Frage in Rußland nicht vertraut sind, mit größter Vorsicht entgegengenommen werden müssen. Diese vielfach ehrenhaften, aber durchaus leichtsinnigen Personen verstehen nicht, was sie begehen, wenn sie, ohne von der historischen Ent-

wicklung der jüdischen Frage in Polen und Rußland eine Ahnung zu haben, die ohnedies allmächtige politische Organisation von sechs Millionen russischer Juden in Schutz nehmen."

Das ist der neue Kurs in England!

Ein Verband für jüdisch-soziale Arbeit.

Von Bertha Pappenheim, Frankfurt a. M.

Die lebenserhaltende Wirkung der heiligen sozialen jüdischen Religionsgesetze ist so in Hirn und Blut der gesamten Judenschaft übergegangen, daß der soziale Sinn der Juden als der erweiterte „Familiensinn der Juden", sowie dieser als eine Stammeseigentümlichkeit bezeichnet werden kann.

Die Enge des altjüdischen Gemeinschaftslebens in Deutschland (vor der Emanzipation und Freizügigkeit) gestattete jedem einzelnen Manne mit viel größerer Leichtigkeit als heute die Erfüllung aller Gebote, nicht nur so weit sie sich auf die Ritualvorschriften beziehen, sondern auch soweit es auf das Zusammenleben bezügliche Gebote sind. Das wirkte natürlich bestimmend auf die Form des Gemeindelebens und das, was man heute in entwickelten Verhältnissen dessen soziale Aufgabe nennt. Für die jüdische Frau war die Teilnahme an diesen Aufgaben religiös als auch praktisch karg bemessen, ein Verhältnis, das sich innerhalb des Gemeindelebens durch die den Frauen anerzogene Teilnahmslosigkeit für jüdische Interessen heute noch in ihrer Interesselosigkeit an der jüdischen Gesamtheit bitter rächt.

Um aber in jenen Ghettozeiten den Erfordernissen der Gemeinde zu genügen, bedurfte es nicht wie heute spezieller Erfahrungen und Kenntnisse. Die Grundlage für die Beherrschung der Erfordernisse des Khillelebens und Wegweiser für alle Vorkommnisse bildete die Kenntnis der religiösen Vorschriften. Als Tradition war sie Gemeingut aller und durch das weitverbreitete und sehr geachtete Studium des jüdischen Schrifttums blieb sie in allen Teilen frisch und lebendig.

Ihrem Geiste nach bildet die jüdische Gesetzgebung eine wertvolle breite Basis für jedes Gemeinschaftsleben. Die Anforderungen, die an die moderne soziale Gesetzgebung gestellt werden und dort oft als geistiges Neuland gelten, sind in den wichtigsten Teilen mit altjüdischen Gesetzen identisch; dort, wo sie religiös betrachtet als christlich angesprochen werden, sind sie nachweislich jüdisch. (Sonntagsruhe, Mutterschutz, Familienpflege, Fleischbeschau usw.) In dem alten jüdischen Gemeindeleben mit der unumstößlichen religiösen Auffassung, nach der Gebot und Guttat eins sind, konnte sich eine soziale Betätigung nur nach den Normen der religiösen Vorschriften entwickeln.

Die Wechselwirkung zwischen religiösen und sozialen Motiven des Handelns, in dem Objekt und Subjekt des Wohltuns ihre Stellung auch vertauschen können, läßt es unter Umständen vom jüdischen Standpunkte weniger wichtig sein, welchen praktischen sozialen Erfolg eine gebotene Wohltat — Mizwah — hat, wenn sie nur die Erfüllung des Gebotes ist. Damit wird ein großes Stück Verantwortlichkeit für die oft in den Zeitläuften sich verändernden Folgen einer Handlung — natürlich zum Nachteil der Gesamtheit — abgeschnitten oder ausgeschaltet. In der Enge des Khillelebens gab es aber in sozialer Beziehung Jahrhunderte lang keine sich verändernden Zeit- oder Tagesforderungen. In dem Khillerahmen genügten der religiös angespornte, gute Wille, gutes Herz und gutes Geld für die Erfüllung der sozialen Pflichten.

Mit diesen drei Energien konnte unendlich viel geschehen und ist auch unendlich viel getan worden.

Kälte und Hunger, Geburt und Tod, Krankheit und Verarmung stellten in der Ghettozeit der Hilfsbereitschaft durch die einfachen, durchsichtigen Verhältnisse, in denen sich das Leben abspielte, einfache Aufgaben. Die Lage der Bedürftigen, der schmerzlich Betroffenen selbst gab gleich die Richtung, nach der die Hilfe gebracht werden konnte. Alles lag menschlich zugänglicher; es gab keine „Fälle".

Im historischen Fortgang bedeutete aber auch neben den persönlichen und Einzelleistungen das Entstehen von Stiftungen und die Gründung von Vereinen, keine Erneuerung der Fürsorgetechnik, oder gar eine Einordnung derselben in notwendig werdende neue allgemeine Normen.

Die erste und einzige sachgemäße Abspaltung, die sich in der jüdischen Arbeit entwickelte, war, daß die Geldangelegenheiten der Vereine und Stiftungen meist Männern übertragen wurden, denen sie durch ihren Beruf oder durch persönliche Übung technisch geläufig waren, und die auch das nötige Vertrauen für dieses Amt genossen. Anderes Verständnis wurde selten verlangt.

Das erklärt den dominierenden Einfluß von Bankleuten und Advokaten in Stiftungen und Vereinen neben den sonst nur in erster Linie religiös bestrebten wohlmeinenden Stiftern, Gönnern und Pflegern auf dem Gebiete der Wohltätigkeit.

Daß eine religiöse Wohltat eine soziale Missetat werden kann, wenn man gewisse Versteinerungen und Willkürlichkeiten, die sich gebildet haben, und die das Licht des Geistes, der die Guttat verlangt, verdunkelt; wenn man sie nicht aus dem Wege räumt, ist vielen Wohlmeinenden bis heute noch nicht ausreichend zum Bewußtsein gekommen.

Das erklärt innerhalb des jüdischen Gemeinschaftslebens an manchen Stellen das Vorhandensein großer Opfer, d. h. Geldbereitschaft und zugleich die gutherzige, kurzsichtige Regellosigkeit und Undiszipliniertheit, an denen der größte Teil der modernen jüdisch-sozialen Arbeit leidet.

Hier ist das deutsche jüdische Gemeindeleben an einem deutlich erkennbaren Punkte stehen geblieben: dort, wo für die Majorität der deutschen Juden der religiöse Gedanke nicht mehr stark genug ist, Bekenntniswille und Lebenswille zugleich zu sein.

Die Übertragung der Guttat (als Zwillingsgedanke des religiösen Gebotes der Mizwah) auf das Geleise der disziplinierten sozialen Handlung,

dieser Weg, der in eine große, schöne, belebte jüdische Welt hinausführen könnte, ist von den deutschen Juden nicht rechtzeitig erkannt und verfolgt worden.

Der große, fortreißende Zug sozial-politischer Entwicklung, der sich in den deutschen politischen Kommunen aufbauend bemerkbar macht, hat das jüdische Gemeinde- und Vereinsleben nicht erfaßt. Zwar sind Juden und besonders Jüdinnen an allen Äußerungen dieser Zeitbestrebungen lebhaft beteiligt; aber diese Beteiligung bedeutet für das jüdische Gemeinschaftsleben mehr einen Abfluß und Verlust an Kräften. An verhältnismäßig nur wenigen Stellen jüdischen Gemeinde- und Vereinslebens zeigt sich der Wunsch und das Verständnis, die Erkenntnisse und Methoden der sogenannten unkonfessionellen oder interkonfessionellen sozialen Arbeit auch zur Erhaltung und zur Stärkung des jüdischen Gemeinschaftsgedankens anzuwenden.

Hier liegt der Keim der Schwäche, des Rückganges, vielleicht auch einer bevorstehenden Auflösung des Judentums, wobei natürlich nicht mit Jahrzehnten, aber doch, wenn keine Besinnung eintritt, mit wenigen Menschenaltern zu rechnen sein wird.

Das Versickern der jüdischen Volkskraft wird aber noch durch einen anderen Umstand im höchsten Grade gefördert und beschleunigt. Die furchtbare Zerrissenheit in der Judenschaft selbst, der Ellbogenkampf, der vom Agudah-Mitglied bis zum Reform-Juden im Sonntagstempel in Gemeinden, Vereinen und Verbänden um Wert, Bedeutung, Herrschaft und Vorherrschaft geführt wird, macht die Judenschaft innerlich verbluten. Das Fehlen von Solidarität und edlem Selbstbewußtsein in Momenten, wo nur die höchste Anspannung von Gemeinschaftsgefühl, Lebenswillen und Abwehrkraft den Feinden gegenüber gibt, schwächt die Judenheit nach außen und läßt einen weisen Nathan herbeisehnen, der uns über unsern Wert und unsere Würde als Träger unserer ethischen Mission unter den Völkern neu belehrte und vor allem auch einen Ring wünschen, der vor Gott und den Menschen angenehm machte.

Wenn wir nicht auf „einen interessanten Rest einer einst ethisch, intellektuell und wirtschaftlich bedeutsamen Religionsgemeinschaft" zusammenschmelzen wollen, dann müssen wir uns aufraffen, uns prinzipiell und organisatorisch einen neuen festen Zusammenschluß zu sichern. Dieser wäre auf die tragkräftige, soziale Seite der jüdischen Gesetzgebung aufzubauen. Individuelles, Trennendes ist bewußt zu übergehen, das Gemeinsame umso besser herauszuarbeiten, ein Programm aufzustellen, in dem jeder Jude und jede Jüdin, auch wenn sie von ihrer Volkszugehörigkeit wenig mehr als ihre Abstammung kennen, ein interessantes, wichtiges, sympathisches Arbeitsfeld finden kann.

Als eines der wichtigsten geistigen Kettenglieder für den Zusammenschluß der Judenschaft ist die Mitarbeit der Frau an allen verantwortlichen Stellen des jüdischen Gemeinschaftslebens zu nennen. Von ihrem Verständnis, von ihrem Willen und ihrer Treue hängt der Geist ab, der im Hause und in der Gemeinde herrscht; sie kann dem sozialen Leben Harmonie und gute Gesinnung geben, sowie sie auch Mißton und Charakterlosigkeit verbreiten kann, wenn sie planlos ihren nächsten Interessen entzogen dahingeht.

Der praktischen Arbeit bietet ein solcher Zusammenschluß als ein Verband für jüdisch-soziale Arbeit ein unendlich umfassendes Programm, von dem hier nur die hervorragendsten Punkte anzudeuten sind. Da gilt es vor allem sich in der jüdischen Wohlfahrtspflege auf die wirksamste Handhabung der Armenpflege nach bestimmten allgemeinen Normen zu vereinen in einer Zentralisation des Armenwesens unter praktischer und finanzieller Mitwirkung und Mitverantwortung der Gemeinden.

Um deren Wirksamkeit zu erhöhen, ist die Einbeziehung der Vereine, Anstalten und Stiftungen als ein Fürsorgerat des Armenwesens besonders für die großen und mittleren Gemeinden nötig.

Um die Anstalten, Krankenhäuser usw. untereinander zu verbinden, ebenso aus Gründen der Ersparnis und der Sicherstellung für den Verbrauch (für Webwaren, Lebensmittel, Milch, Fett, Fische, Kartoffeln, Kohlen, Seife usw.) empfiehlt sich die Gründung einer größeren Konsum- und Einkaufsgenossenschaft der jüdischen gemeinnützigen Anstalten, wo es irgend angeht, wäre landwirtschaftlicher Betrieb (Lehr- und Arbeitsgelegenheit) einzuführen.

Bekämpfung der fahrlässigen Wohltätigkeit und Gewährung von Unterstützungen nach volkserzieherischen Grundsätzen.

Bekämpfung des Wanderbettels und des Hausierhandels unter den Juden, besonders bei Frauen und Jugendlichen.

Förderung von Berufsberatung und Arbeitsnachweisen für männliche und weibliche Lehrlinge, höhere Berufe, männliche und weibliche Arbeitsuchende.

Wohnungsfürsorge und Wohnungsnachweis.

Einrichtung von jüdischer Sammelvormundschaft für alle jüdischen Gemeinden Deutschlands.

Bereitstellung von Mitteln für Erziehungsbeiträge für jedes schutzlose und von der Familie getrennte erziehungsbedürftige jüdische Kind, ehelich oder unehelich.

Förderung aller Unternehmungen der jüdischen Jugendpflege.

Bekämpfung der Tuberkulose unter den Juden.

Einberufung von Konferenzen über Fragen aus den Gebieten der Armenpflege, der Erziehung, der Sittlichkeitsfrage, Berufs- und Bildungsfragen, Bevölkerungsprobleme usw., Preisausschreiben für besondere Arbeiten oder für praktische Studien auf diesen Gebieten.

Förderung der Frühehe und aller darauthin zielenden Unternehmungen, usw. usw.

Dies natürlich nur in großen Umrissen der wesentliche Inhalt des Verbandsgedankens. Organisatorisch hätte er unter Führung einer Kommission des Deutsch-Israelitischen Gemeindebundes und engster Mitarbeit der großen bestehenden Organisationen alle Gemeinden dem Programme nach zusammenzufassen, und vor allem dafür zu sorgen, daß an Stellen, wo zur Zeit gutherziger Dilettantismus waltet, Sachkunde und Disziplin eintritt.

Tüchtige Berufsbeamte müssen dorthin berufen werden, wo es die Stetigkeit der Arbeit verlangt. Dabei kann und darf niemals und nirgends auf den Einfluß und das Mitschaffen der freiwilligen Hilfskräfte verzichtet werden, um nicht der papierenen Seele des Bureaukratismus zum Selbstzwecke zu verhelfen. Aber die freiwilligen Arbeiter müssen solche Männer und Frauen sein, die noch in engster Fühlung mit dem Leben stehen, die sich Zeit nehmen müssen und wollen, in treuem klugen Walten eine wichtige Stelle auszufüllen, nicht Veteranen des Lebens, die noch Zeit haben.

Und für Nachwuchs in den Ämtern muß freimütig gesorgt werden, denn von der Qualität dieser Arbeit hängt die Kraft und das Gedeihen und damit die Zukunft des deutschen Judentums ab.

Der Parteitag des holländischen Zionistenbundes.

Der holländische Zionistenbund hielt am 24. und 25. Dezember 1916 seinen 17. Parteitag ab. Der Präsident des Bundes, Herr N. de Lieme betonte in seiner Eröffnungsrede, wie der Krieg die östlichen Judenzentren in ein großes Familiengrab des jüdischen Volkes verwandelt hat, protestierte gegen die völlige Ignorierung der nationalen Wünsche der Juden Polens, begrüßte warm die jüdische Kongreßbewegung in Amerika, betonte die Notwendigkeit einer ausschließlich neutralen Politik des jüdischen Volkes und erklärte als Hauptaufgabe der zionistischen Bewegung die Instandhaltung der jüdischen Kolonisation in Palästina, die Verstärkung der zionistischen Einigkeit in der Taktik und planvolle informative Arbeit, um den zionistischen Bestrebungen die notwendige Anerkennung zu sichern. Herr Jean Fischer, Mitglied des E. A. C. hielt die Begrüßungsrede. Dann wurde der Jahresbericht erstattet. Aus diesem ist ersichtlich, daß der Bund 26 Ortsgruppen mit einer Mitgliederzahl von 1660 Personen zählt. Der Bund hat in diesem Jahre Fl. 1149.90 und mit Einschluß der früheren Sendungen Fl. 11 453.49 für den Palästina-Fond, Fl. 913.65 für den Zentralfond, Fl. 313.55 für den Schulfond aufgebracht. Die Nationalfondssammlungen ergaben Fl. 10 709.14. Erwähnt wurde ferner die auf Veranlassung des Herrn Dr. Prins durchgeführte Ausstellung „Das jüdische Ghetto" in Amsterdam, die Ankunft vieler osteuropäischer Juden in Holland und ein Feldzug für den Zionismus und den J. N. F., wobei Gruppen von Zionisten das Land durchzogen und eine erfolgreiche Organisation durchführten.

Auf dem Parteitage stand diesmal die Erziehungsfrage im Mittelpunkt der Verhandlungen. Die geplante Änderung der Schulgesetzgebung, wonach die Sektenschulen den Staatsschulen gleichgestellt und ihre Unterhaltung durch den Staat übernommen wird, machte diese Frage aktuell. Sie wird zu einem Studienobjekt bei den Ortsgruppen gemacht werden. Nach einem Referate des Herrn A. Polak über „Die jüdische Arbeit in Palästina" wurde ohne Debatte folgende Resolution angenommen:

„Der Parteitag macht in Anerkennung der eminenten Bedeutung des jüdischen Landarbeiters für die nationale Kolonisation in Palästina und in der Erwägung, daß das durch die Gründung des Genossenschaftsfonds am IX. Kongreß begonnene Werk fortgesetzt und durch Bildung von Pioniergruppen behufs Erwerbung neuen Landbesitzes in Palästina für die jüdische Gemeinschaft erweitert werden muß, es jedem Zionisten zur Pflicht, dem J. N. F. im allgemeinen und dem Genossenschaftsfonds im besonderen moralische und materielle Förderung zu verleihen."

In den Bundesrat wurden die Herren de Lieme, Dr. van Vriesland, J. Cohen, J. H. Kann, Prof. L. Orenstein, Alfred Polak und Henri Edersheim gewählt.

Zum ersten N.F.-Kommissär wurde A. Polak, zum zweiten Dr. Isaak Prins gewählt.

Welt-Echo

Sie möchte wieder lebendig werden. Die antisemitische „Staatsbürgerzeitung", (schreibt die „Welt am Montag") die wiederholt aus Mangel an innerer Lebenskraft dicht vor dem Verscheiden zu stehen schien, hat während des Krieges ein natürliches Ende gefunden. Ihr allzu heftiger Antisemitismus wurde als Störung des „Burgfriedens" empfunden. Das trug ihr ein dauerndes Verbot und damit Märtyrerruhm ein. Fußend auf diesem Märtyrerruhm versenden eine größere Zahl von Männern ein gedrucktes Rundschreiben, um dem einstigen Organ der „mittelständischen und deutschvölkischen Bewegung" neues Geld und damit neues Leben zuzuführen. Unter denen, die sich für die Auferstehung des antisemitischen Organs interessieren, seien genannt: Universitätsprofessor Kossinna, Professor Kloß, Rektor der Technischen Hochschule in Charlottenburg, und Universitätsprofessor Lezius, der Verfasser von „Deutschland und der Osten", ungefähr der wüstesten Geheimbroschüre, die der Krieg gezeitigt hat.

An der Sitzung des amerikanischen Kongreßkomitees, über die wir in unserer vorigen Nummer berichteten, nahmen außer 70 Delegierten des genannten Komitees auch 70 Delegierte des ursprünglichen, unter der Führung des „American Jewish Committee" stehenden Konferenzkomitees statt. Die gemeldeten Beschlüsse und Beratungen wurden von den Vertretern der früher gegen einander arbeitenden Komitees gemeinsam gefaßt.

Die Volksschulen in Polen. Zu diesem Thema berichtet die „Frankf. Ztg.":

Eine Bestandsaufhebung im Sommer 1916 ergab für die eigentlichen Volksschulen (also abgesehen von den jüdischen Religionsschulen) folgendes Bild:

	Religion			
	kath.	evang.	mariavitisch	jüd.
Schulen	4 710	440	33	308
Lehrer	5 954	1 038	41	1 163
Kinder	345 780	28 793	2 165	27 218

	Unterrichtssprache				Gesamtzahl
	poln.	deutsch	gemischt poln. und deutsch	jüd.	
Schulen	4745	525	198	23	5 491
Lehrer	.	.	.	.	8 196
Kinder	.	.	.	.	403 956

Besonders schwierig war die Frage, was aus den jüdischen Religionsschulen werden sollte, denen von der russischen Regierung der Elementarunterricht ausdrücklich verboten war. Jetzt wünschten viele Eltern ihren Kindern die Elementarschulkenntnisse zu vermitteln, ohne doch von der ererbten religiösen Tradition etwas aufgeben zu wollen. Die Verwaltung wollte nicht durch die von manchen Seiten gewünsche Aufhebung dieser Schulen einen Bruch mit der Vergangenheit herbeiführen, sondern nur das Vorhandene vorsichtig weiterbilden. So wurde in zahlreichen Religionsschulen Elementarunterricht aufgenommen, daneben entstanden über 300 jüdische Elementarschulen, teils mit polnischer, teils mit deutscher Unterrichtssprache, in wenigen Fällen auch mit jidischer.

Die Zahl der jüdischen Heimlosen in Rußland beträgt laut einer Statistik des Kiewer Hilfskomitees, in den Gouvernements Kiew, Tschernigow und Podolien 26 000, darunter 75 Prozent Frauen und Kinder.

Die „Freizügigkeit" der russischen Juden. Folgendes russische Dokument wird uns zur Verfügung gestellt:

Ministerium des Innern. Kanzlei des Moskauer Stadthauptes. Paßabteilung. 9. (22. Nov. 1916. Nr. 156 936.

An den Vorsitzenden der Moskauer Jüdischen Gesellschaft zur Unterstützung der Kriegsopfer.

Die Kanzlei teilt Ihnen hierdurch auf Befehl des Stadthauptes mit, daß gemäß der Anordnung des Departements für allgemeine Angelegenheiten beim Ministerium des Innern vom 2. IX. 1916 Nr. 27 081 die der Jüdischen Gesellschaft am 16. IX. 1916 Nr. 30 274 erteilte Befugnis, für einzelne, jedesmal zu nennende jüdische Kriegsflüchtlinge, die auf Munitionsfabriken und anderen Kriegsbedarfsunternehmungen beschäftigt sind, Bittgesuche hinsichtlich der Gewährung des Aufenthaltrechts in Moskau einzureichen — gegenwärtig aufgehoben wird.

Diesem wird hinzugefügt, daß die Beschäftigung der jüdischen Kriegsflüchtlinge, die auf Fabriken als Arbeiter, Werkmeister oder Fachmänner angemeldet sind, nachgeprüft werden wird; diejenigen, die sich mit ihrer Arbeit nicht befassen, sind aus der hiesigen Residenz sofort auszuweisen.

Die Verwaltung der Kanzlei: (Unterschrift.)

Ein Verbot für die jüdische Presse Nordwestrußlands erging von der obersten Militärbehörde im Juli 1915, durch das die wichtigsten Zeitungen des russischen Judentums betroffen wurden. Dank den Bemühungen der Petersburger jüdischen Gemeinde wurde das Erscheinen der Tageszeitung „Unser Leben" und einer hebräischen Wochenschrift „Haam" gestattet. Im allgemeinen aber ist das Verbot aufrechterhalten geblieben; die Verordnung wurde auch auf Bücher in jidischer Sprache ausgedehnt. In Petersburg wurde sogar untersagt, Gebetbücher, Machsorim u. dgl. drucken zu lassen.

Zur Einstellung der russischen Juden in das englische Heer sind jetzt die Vorbereitungen beendigt. Der Plan der Regierung umfaßt nur die russischen Untertanen, die länger als fünf Jahre in England wohnen. Drei Monate nach ihrer Einstellung in das Heer sollen sie neutralisiert werden. Es sollen Kommissionen eingesetzt werden für diejenigen, die besondere Gründe zur Freilassung vom Dienst zu haben glauben. Die Entscheidung dieser Kommissionen ist endgültig, einen Appell an eine höhere Stelle gibt es nicht.

Vom Jüdischen Nationalfonds. Die Spendeneinnahmen des Jüdischen Nationalfonds betrugen im Monate November M. 58 047. Folgende Länder haben hierzu beigesteuert: Österreich M. 17 006 (davon M. 2831 aus dem besetzten Gebiet), Deutschland M. 16 934 (davon M. 2180 aus dem besetzten Gebiet), Nord-Amerika M. 9921, Ungarn M. 3196, Holland M. 3104, England M. 2503, Belgien M. 1208, Schweiz M. 1143, Süd-Afrikt M. 987, Südslavische Länder M. 561, Schweden M. 340, Brasilien M. 330, Griechenland (Saloniki) M. 324, Frankreich (Tunis) M. 297, Rußland M. 193.

Zu dem minimalen Resultat des NF-Beitrages aus Rußland muß ergänzend bemerkt werden, daß zwar größere Geldsummen in Rußland gesammelt worden sind, diese aber aus technischen Gründen bisher nicht in den Besitz des NF-Hauptbureaus gelangt sind. Trotz der schweren Zeiten bemühen sich die Palästinafreunde in Rußand, wie übrigens auch in den besetzten Gebieten von Polen, dem jüdischen Volksschatze ansehnliche Beiträge zuzuführen.

Am 30. Dezember 1916 sind 15 Jahre verflossen, seit auf dem fünften Zionistenkongreß in Basel die Begründung des Jüdischen Nationalfonds beschlossen wurde. Aus diesem Anlaß sind vom Hauptbureau des JNF neue Marken mit den Porträts der Vorläufer des Zionismus: Montefiore, Heß, Pinsker, Mohilewer, Herzl und Schapira herausgegeben worden. Ein Heft, das 30 Marken enthält, ist zum Preise von M. —.60 durch die Landessammelstellen und die Vertrauensmänner des JNF zu beziehen.

Ein Wort an die Blau-Weißen.

Liebe Blau-Weiße!

Durch freundschaftliche Fürsorge eines Blau-Weißen erhielt ich als Chanukah-Gabe das jüngst erschienene „Tagebuch für jüdische Wanderer"*). Unsere Führer haben in gemeinsamer Arbeit unter Joseph Marcus-Breslau zweckmäßiger Leitung ein ansprechendes Büchlein uns und Allen, die von uns wissen wollen, geschenkt.

„Ein Quell und ein Spiegel wahren Blau-Weiß-Lebens" will das Tagebuch jedem werden, und ich sehe darin tasächlich ein Abbild unseres Denkens und Fühlens. Das mit Sprüchen aus unserer klassischen Literatur, der Bibel und dem Talmud belebte Kalendarium erinnert uns an die Tage der Ahnen, die Tage der jüngsten Vergangenheit. Wie verknüpft sich das Leben und Werk unseres Lehrers Mose mit den Geschicken unsres Volkes, in der Heimat und auch in unserer Zerstreuung! Als eigentlicher Raum für eigene Eintragungen schließen sich die Blätter der Chodoschim mit Zeichnungen der Breslauer Führerin Käte Ephraim an. Mit Glück versteht es die begabte Zeichnerin, Gefühl und Inhalt jedes Monats festzuhalten; doch glaube ich, daß gerade unserem Empfinden eine natürliche Liniengebung mehr entsprechen würde. Einzelnes, wie die Darstellung zum Purim-Spiel, ist sehr frisch und originell.

In vorbildlicher Weise haben Glanz und Baer unsere Feste geschildert und unsere Verbundenheit mit der Vergangenheit aufgewiesen. Die Leser werden mit unserem Geiste ver-

*) Tagebuch für die jüdischen Wanderer 5677. Wien 1916, R. Löwit Verlag. M. 2.—.

traut gemacht und können aus Marcus' klaren Worten Wesen und Willen des Blau-Weiß entnehmen. Besonders an Euch Wanderer wenden sich seine und Simons (Mannheim) Aufsätze. Dann enthält das Tagebuch noch Schilderungen von Fahrten, unter denen besonders die der Palästinawanderungen unseres Calvary hervorragen, und praktische sowie belehrende Artikel. Schließlich wird das Werkchen auch dem Bedürfnisse des Wanderers durch die Wiedergabe eines Lautenliedes des leider bereits gefallenen Ludwig Frz. Meyer und zweier Kompositionen zu Zuckermanns „Reiterlied" gerecht.

Obschon das Chanukah-Fest schon zu Ende ist, wenn Euch diese Zeilen zu Gesicht kommen, hoffe ich doch, daß Euere Eltern den Wanderfleiß und die Blau-Weiß-Begeisterung durch die nachträgliche Gabe dieses Tagebuchs Euch lohnen. Als geringen Schönheitsfehler müßt Ihr dann die stellenweise mangelhafte Wiedergabe hebräischer Worte in Kauf nehmen.

Schalom!

Im Felde. Theo Harburger.

Feuilleton

Geschichten vom Rishiner.

Von Martin Buber.

Der Rishiner, d. i. Rabbi Israel von Ruzyn (gestorben 1850), war einer der bedeutendsten unter den späteren Führern des Chassidismus. Von Ruzyn flüchtete Rabbi Israel, da er der russischen Regierung als der heimliche König der Juden denunziert wurde, nach Sadagora in der Bukowina; die „Wunderrabbis" von Sadagora waren seine Nachkommen.

1. Mit Misnagdim.[1])

Die Misnagdim von Sanok kamen zum Rishiner, als er durch ihre Stadt fuhr, und befragten ihn: „Wir gehen in Gottes Wegen und liegen beständig der Lehre ob, wir beten mit Tagesanbruch in der Gemeinde und danach sitzen wir in die Gebetsmäntel gehüllt und mit den Gebetsriemen auf Haupt und Arm und lernen eine Lektion der Mischna. Nicht so die Chassidim: sie beten, wenn die angeordnete Stunde verstrichen ist, und sind sie zu Ende, dann setzen sie sich zusammen und trinken Schnaps. Und da nennt man sie die „Frommen" und uns die „Widersacher"!"

Es hatte aber der Rishiner einen Diener, der wurde Rabbi Leib genannt. Als der die Beschwerde der Misnagdim hörte, fiel ihm etwas ein, daß ihn das Lachen schüttelte, und dann brachte er es nicht fertig zu verschweigen, warum er gelacht hatte, und sagte: „Dienst und Gebet der Misnagdim sind eiskalt und haben keine Wärme, grad wie ein Toter, und wenn man bei einem Toten wacht, lernt man in der Mischna. Aber den Chassidim, wenn sie ihr bißchen Dienst tun, glüht das Herz und ist warm wie ein lebendiger Mensch, und wer lebendig ist, muß Schnaps trinken."

Der Rabbi sprach: „Der Scherz mag hingehen. Die Wahrheit aber ist diese: Ihr wißt von dem Tage an, da unser Tempel zerstört wurde, haben wir kein Schlachtopfer und kein Brandopfer gebracht. Das Gebet ist uns an Opfers Stelle. Darum, wenn der Mensch im Gebete steht, ist der böse Trieb mit allerlei Kniffen hinterher, um fremde Gedanken mancher Art in sein Denken einzuführen. Da haben nun die Chassidim den Kniffen den Gegenkniff erfunden. Nach dem Gebet setzen sie sich zusammen und trinken einander zu: „Zum Leben!" Und jeder bringt vor, was sein Herz bedrückt, und darauf sagt einer zum anderen: „Gott möge dein Verlangen erfüllen!" Und wie ja unsere Weisen sagen, das Gebet könne in jeder Sprache gesprochen werden, so wird auch diese Rede und Gegenrede beim Trunk als Gebet erachtet. Dem bösen Trieb aber erscheint all dies als ein eitel weltlich Ding, er sieht, daß sie essen und trinken und Worte des Alltags reden, und kümmert sich nicht weiter um sie, und das Gebet steigt in seiner Reinheit empor und wird empfangen."

[1]) Misnagdim, d. i. Widersacher; werden die „rechtgläubigen" Gegner der Chassidim genannt.

2. „Dir."

Einst saßen in Sadagora die Chassidim beisammen und tranken, als der Rabbi eintrat. Sein Blick schien ihnen nicht freundlich. Da fragte ihn einer: „Was ist es, Rabbi, das Euch mißfällt? Ist es, daß wir trinken? Hat doch Rabbi Pinchas von Korez gesagt, wenn Chassidim beim Trunk beisammen sitzen, sei es, als lernten sie in der Thora!" Der Rishiner antwortete: „Ich widerstreite Rabbi Pinchas, dem Weisen und Gütigen, nicht. Aber dedenket. Es gibt in der Thora manch ein Wort, das einmal heilig, ein andermal unheilig ist. So heißt es: „Und der Herr sprach zu Mose: Behaue dir zwei Steintafeln," aber es heißt auch: „Du sollst dir kein behauenes Steinbild machen!" Woran liegt das wohl, daß dasselbe Wort dort heilig und hier unheilig ist? Seht, das liegt daran, daß dort das Wort „Dir" nachfolgt, hier vorangeht. So ist es mit allem Tun. Wo das „Dir" nachfolgt, ist alles heilig, wo es vorangeht, ist alles unheilig."

3. Die Zeit des Gebets.

Als er beim Apter zu Gast war, wartete er einmal, wie er es oft tat, lange mit dem Morgengebet. Der Apter kam zu ihm und fragte ihn, wann er beten wolle. Er antwortet: „Ich weiß es selber noch nicht." Und er erzählte eine Geschichte: „Ein König hatte eine Stunde bestimmt, zu der jeder Untertan sein Anliegen vor ihn bringen konnte; vor und nach ihr aber war es nicht erlaubt, ungerufen vor sein Angesicht zu treten. Einmal kam ein Bettler vor das Schloß und ver-

langte vor den König geführt zu werden; da aber die angesetzte Tageszeit verstrichen war, weigerten ihm die Wächter den Einlaß und fuhren ihn an, ob er denn die Verfügung nicht kenne, die in allen Landen des Reiches ausgerufen worden sei. Der Bettler sprach: „Ich kenne sie wohl; aber es ist offenkundig, daß sie nur für jene gilt, die mit dem König von den Dingen reden wollen, deren ihre Person bedarf; ich aber will mit dem König von den Dingen reden, deren das Reich bedarf; solch einem ist der Augenblick nicht zugemessen, sondern der König harrt seiner zur Stunde, die ihn ruft.“ Und sogleich wurde dem Bettler der Einlaß gewährt. „Da es aber so ist,“ beschloß der Rishiner, „wie kann ich wissen, wann ich beten werde?“

Als ihn ein andermal einer fragte, warum er sich nicht an die überlieferte Zeit des Gebets halte, sagte er: „Vor der Sünde Adams gab es keine Zeit für das Gebet, sondern der Mensch konnte zu allen Zeiten beten. Nach der Schlangensünde aber wurde die Luft der Stunden schwer und trüb. Bis die Erzväter kamen und jeder eine andere Stunde zum Gebete reinigte, Abraham den Morgen, Isaak den Nachmittag und Jakob den Abend. Und als das Volk Israel am Sinai-Berg stand und die Lehre empfing, verschwand der Makel der Schlange und ganz Israel stand über der Zeit. Nach der Sünde des goldenen Kalbes aber fielen sie wieder unter die Gewalt der Zeit. Dann kamen die Männer der großen Versammlung und ordneten die Zeit und bestimmten dem Gebet seine Stunde. Die Seele des Zaddiks jedoch, die nicht teil hatte an der Sünde der Schlange und nicht an der Sünde des Kalbes, für sie hat die Zeit keinen Belang, denn sie ist über der Zeit.“

(Schluß folgt.) (Frankf. Ztg.)

Gemeinden- u. Vereins-Echo

(Unsere Leser sind zur Einsendung von Mitteilungen aus Gemeinden und Vereinen und von Personalnachrichten, die in diesen Spalten gerne Aufnahme finden, höflichst eingeladen.)

Personalien.

Herr Rabbiner Dr. Werner wurde zum kgl. Professor ernannt, wozu ihm die Redaktion ds. Bl. ihre ergebenen Glückwünsche ausspricht.

Herr Rabbiner Dr. Paul Lazarus wurde als Nachfolger des Herrn Dr. Sänger auf den Posten des Feldrabbiners der II. Armee berufen.

Das Eiserne Kreuz I. Klasse wurde verliehen: dem Rechtsanwalt und k. Leutnant Dr. Leo Landenberger in Nürnberg, k. Stabsarzt Max Hirsch in Berlin, k. Leutnant Dr. Walter Weill in Karlsruhe, k. Leutnant Walter Chaskel in Berlin, k. b. Oberleutnant der Reserve Franz Gutmann im 4. Feldart.-Regt., Soldat Artur Meyer in Mülheim a. Ruhr, k. Leutnant d. Res. August Nathan in Ulm, Soldat Herbert Gadiel in Rybnik, Vizefeldwebel Albert Meyer in Köln-Lindenthal, k. Leutnant Franz Heßdörfer in Mainz und Unteroffizier Natan Olschowski in Teklinow in Posen.

Der k. b. Oberleutnant Martin Stahl wurde zum k. Rittmeister der Reserve im 6. Feldartill.-Regt. befördert.

Zu kgl. bayer. Leutnants der Reserve wurden ernannt die Vizefeldwebel W. Simon im 2. Inf.-Regt., Fritz Klein im 12. Inf.-Regt., Hans Bloch im 26. Inf.-Regt., Albert Feldmeier im 2. Res.-Inf.-Regt., Ernst Jaffe im 12. Res.-Inf.-Regt.,

Adolf Heim im 3. Feldart.-Regt., Emil Bachmann im 5. Feldart.-Regt., Karl Rosenstein im 5. Res.-Feldart.-Regt., Julius Mezger und Karl Vollweiler im 8. Res.-Feldart.-Regt., Richard Fuchs im 3. Fußart.-Regt., Lud. Eberhart in der Minenwerfer-Ers.-Abt., Felix Goldmann in der Funker-Ers.-Abt., Max Gutmann im 7. Feldart.-Regt., Berhard Schweitzer und Sigmund Strauß im 20. Inf.-Regt., Franz Ehrlich (Kissingen) im 4. L.-Inf.-Regt., Ernst Neuburger beim Train, Wilhelm Rosenberg (Nürnberg) im 6. L.-Inf.-Regt., Sigmund Gerstle (München) im 12. L.-Inf.-Regt., Otto Lang im 5. Feldart.-Regt., Albert Mayer im 1. Pionierbat., Karl Götz im Train und Herbert Jacob im 4. Feldart.-Regt.

Zu k. b. Feldhilfsärzten wurden befördert die Unterärzte Julius Levi im 15. R.-Jägerbat., Edgar Spier, Wilhelm Weigert, Karl Benjamin, Bernhard Badt und Julius Aub in Kriegslazaretten.

Zu k. b. Stabsärzten der Reserve wurden befördert die Oberärzte Dr. Karl Wimpfheimer (München), Dr. Artur Blank (Kaiserslautern), Dr. Henry Heinemann (München), Dr. Albert Regensburger (Nürnberg), Dr. Wilhelm Reich (Bamberg) und Dr. Hans Prediger.

Zu k. b. Oberärzten der Reserve wurden befördert die Assistenzärzte Dr. Alfred Bloch (München), Dr. Max Klein (Augsburg), Dr. Felix Wassermann (München), Manfred Haas (Würzburg), Alfred Aronheim (München), Dr. Fritz Goldschmidt (Nürnberg), Dr. Richard Offenbacher und Dr. Josef Dessauer (Nürnberg), Josef Spielmann (Nürnberg), Sim. Gutmann (München), Dr. Paul Sack (Erlangen), Alfred Schwarz (München), Dr. Max Gottlieb (Ludwigshafen), Albert Obermaier, Dr. Ernst Friedmann (Hof), Dr. Lud. Gluskinos (München) und Dr. Leopold Durm (München).

Der k. b. Militärsanitätsorden II. Klasse wurde wegen hervorragender Tapferkeit vor dem Feinde dem k. b. Oberarzt der Reserve Felix Caro und dem k. Assistenzarzt Albert Obermaier in München verliehen.

Der k. b. Militärverdienstorden IV. Klasse mit Schwertern wurde verliehen den k. b. Leutnants der Reserve Ludwig Neu, Ernst Reichenberger und Max Vogel von der Infanterie, Ernst Altschüler und Jakob Mayer vom Train.

Die kaiserl. silberne Rote Halbmondmedaille wurde dem k. Geheimrat Alfred Nathan und Kommerzienrat Heinrich Morgenstern, beide in Fürth verliehen.

Berichtigung. In dem Aufsatz von Dr. Theilhaber in Nr. 52 ds. Bl. wurde irrtümlich gesetzt: „es gäbe kein Judenrecht!“ Statt dessen muß der betr. Satz lauten:

„Der Kampf gegen die jüd. Turnvereine wurde mit dem Schlagwort „es gäbe kein Judenreck!“ vom Kahal geistreich motiviert, wodurch die mangelhafte körperliche Beschäftigung und Ausbildung der Juden zwar nicht aus der Welt geschafft, wohl aber ihre einzig wirksame Bekämpfung unterbunden wurde.“

☛ Fortsetzung auf der dritten Umschlagseite.





Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, München, Herzog Maxstr. 4.
Verantwortlich für die Redaktion: Helene Hanna Cohn, München, Von der Tannstr. 22; für den Anzeigenteil: H. W. Stöhr, München